



40 Millionen Euro für Ökostrom-Entsorgung allein am 1. Mai

Geldverschwendung

Immer häufiger muss überschüssiger Windstrom und Solarstrom unter Zuzahlung über die Börse abgegeben werden, um die Netze nicht zu überlasten.

Zu viel Ökostrom

Es passiert immer wieder: Aus Wind und Sonne soll Strom erzeugt werden, obwohl er nicht gebraucht wird: so auch am 1. Mai 2017. Die Betriebe von Industrie, Handel und Gewerbe standen an diesem Tag der Arbeit weitgehend still, fielen also als Stromverbraucher so gut wie aus. Dadurch drohte eine Überlastung des Stromnetzes, ein Auslösen von Sicherungen und eine Zwangsabschaltung von Strom. Um dies zu verhindern und für Überschussstrom überhaupt Abnehmer zu finden, wurde sogar Geld gezahlt: was für ein gigantischer finanzieller Verlust! Schönfärberisch formuliert wurden "negative" Strompreise erzielt. Allein an diesem 1. Mai sind dafür über 40 Millionen aufgewendet worden!

Eine vergleichbare Situation gab es auch zu Ostern mit Zuzahlungen ebenfalls in zweistelliger Millionenhöhe. Mit jeder weiteren Anlage für Alternativ-Strom ("Ökostrom") werden solche Überschussituationen immer häufiger entstehen, die folglich immer höhere Zuzahlungen erfordern.

Vergütung auch bei abgeschalteten Anlagen

In 2017 werden, um das Stromnetz zu entlasten, Ökostromanlagen verstärkt abgeschaltet. Dies ist bei Windgeneratoren leicht möglich. Die Betreiber erhalten dann aber - nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) - eine hohe Vergütung für den Strom, den sie hätten liefern können. Die Betreiber sind besser gestellt als ein Bäcker, der zu viele Brötchen gebacken hat. Der Bäcker bleibt entschädigungslos auf seinen Brötchen sitzen. Über die Summen, die für nicht gelieferten Strom anfallen, wird noch gesondert berichtet. Derzeit sind noch keine aktuellen Zahlen bekannt. Die Kosten belaufen sich aber auf weit über 100 Millionen Euro jährlich.

Die Zuzahlungen für die Entsorgung überschüssigen Ökostromes und die Ausfallvergütungen werden allen Stromkunden als EEG-Umlage mit der Stromrechnung aufgebürdet. Die Betreiber von Ökostromanlagen gehen also keinerlei Abnahmerisiko ein.

Wendepolitiker verbreiten Unsinn

"Grüne" und andere Befürworter der sogenannten Energiewende feiern die Ökostromüberschüsse als Beweis, dass die Kernkraftwerke und die Kohlekraftwerke verzichtbar seien. Ja, mehr noch: Viele dieser Wende-Politiker behaupten sogar, der Strom aus den konventionellen Kraftwerken würde die Leitungen verstopfen, so dass der Ökostrom nicht zum Verbraucher gelangen könne. Die naturwissenschaftlichen Kenntnisse solcher Politiker unterliegen, gelinde gesagt, einem Defizit. Oder brutal formuliert: Sie sind technisch-physikalisch ahnungslos.

Sichere Stromversorgung verlangt stabile Grundlast

Der Wechselstrom im gesamten Verbundnetz muss eine Frequenz von exakt 50 Hertz oder 50 Schwingungen pro Sekunde einhalten. [2] [3] Dies gilt für alle Stromerzeuger. Doch nicht nur die Frequenz muss übereinstimmen, sondern auch die Phase. Das heißt, alle Schwingungen müssen zur gleichen Zeit die höchste Plus-Spannung haben. Schon Abweichungen von Millisekunden führen zu Problemen. Diese Forderungen können nur von den großen Kraftwerken erfüllt werden, die eine sogenannte Grundlast liefern. Das sind Kernkraftwerke und Kohlekraftwerke. Sie geben Frequenz und Phase als Richtgröße für die kleinen Stromerzeuger vor. Ohne die großen Kraftwerke, die Grundlast liefern und die Frequenz vorgeben, würde das Stromnetz zusammenbrechen.

Großkraftwerke sind unverzichtbar. Damit ist das politische Ziel, Deutschland zu 40, 60, 80 oder gar 100 Prozent mit "Ökostrom" zu versorgen, utopisch. Schon die derzeitigen Ökostromanlagen werden bei Starkwind und Sonnenschein immer häufiger abgeschaltet. Ein weiterer Ausbau mit Ökostromanlagen ist daher unverantwortlich. Es ist jedoch fraglich, ob Politiker und Journalisten dies überhaupt erkennen.

Warum ahnungslose Politiker versagen

Bei den Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen war die Energiepolitik kein Thema, weder bei den Wahlkampfveranstaltungen der Parteien noch in den Presseberichten und Wahlkommentaren. Selbst die AfD, die als einzige Partei die sogenannte Energiewende ablehnt, ist still geblieben. Daher werden die Strompreise wohl weiterhin kräftig steigen und zu weiteren Arbeitsplatzverlusten und Kaufkraftverlusten führen. Es bleibt die stille Hoffnung, dass bei der anstehenden Bundestagswahl am 24. September 2017 die Energiewende mit der unsozialen Umverteilung von unten nach oben durch das EEG doch noch eine Rolle spielen wird.

Prof. Dr. Hans-Günter Appel

Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.de und www.NAEB.tv

ifo Institut - Hans-Werner Sinn: Schafft es Deutschland, den Zappelstrom zu bändigen?

www.youtube.com/watch?v=8dIB4L4D4qI

[1] Bildquelle: Stock PLR Firesale -capital - silhouette-816489

[2] www.netzfrequenzmessung.de

[3] www.youtube.com/watch?v=EDANCFE-zao

Pressekontakt

Stromverbraucherschutz NAEB e.V.

Herr Hans Kolpak
Forststr. 15
14163 Berlin

NAEB.tv
Hans.Kolpak@NAEB.info

Firmenkontakt

NAEB Stromverbraucherschutz e.V.

Herr Heinrich Duepmann
Forststr. 15
14163 Berlin

NAEB.de
Heinrich.Duepmann@NAEB.info

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG Erneuerbare Energien Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Stromnetz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen in Windkraft und Voltaik statt. Die NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Anlage: Bild

